

«Jedes neue Atomkraftwerk ist eines zu viel»

Von Elias Rüeegsegger

Der PFEFFER nimmt sich dieses Mal eines aktuellen Themas an: der Abstimmung zum Atomkraftwerk Mühleberg. Elias hat die junge Grossrätin Nadine Masshardt gefragt, weshalb sie gegen den Bau von neuen AKW ist.



Nadine Masshardt (Bild: Elias Rüeegsegger)

Ein neues AKW?

Das Stimmvolk im Kanton Bern stimmt am 13. Februar darüber ab, ob sich der Kanton für oder gegen ein neues AKW am Standort Mühleberg aussprechen soll. 2008 haben die Stromkonzerne Alpiq, Axpo und BKW ein erstes Gesuch für den Bau von drei neuen Kernkraftwerken eingereicht. Im November wurden die Gesuche geprüft, und ein Gutachten des Nuklearsicherheitsinspektorats wurde präsentiert. Nun wartet der Bund auf eine Stellungnahme der Kantone. Die Entscheidung über den Bau neuer AKW wird etwa 2013 bei einer Volksabstimmung gefällt. Die Kernenergie ist bis heute die effizienteste Form der Energiegewinnung. Allein das AKW Mühleberg versorgt 400'000 Menschen mit Strom. Damit dieselbe Versorgung erhalten und gesteigert werden kann, müsste viel in die erneuerbaren Energien gesteckt werden. Ein Umstieg auf erneuerbare Energien kann also nicht von heute auf morgen geschehen.

Mit welchem Strom fährt 2020 ein Zug von Thun nach Bern?

Nadine Masshardt: Der Zug wird aus einem Mix von erneuerbaren Energien und dem letzten Strom aus noch bestehenden AKW fahren. Bis ein neues Atomkraftwerk in Betrieb gehen würde, werden

sich die erneuerbaren Energien nochmals entwickeln, und die Energieeffizienz wird weiter verbessert.

Haben die Jugendlichen von heute auch in Zukunft genügend Strom zur Verfügung?

Ich bin überzeugt, das geht auch ohne AKW. Und zwar mit den fünf Pfeilern Wind, Sonne, Wasser, Geothermie und Biomasse. Hinzu kommt die Energieeffizienz: Mindestens ein Drittel des heutigen Stromverbrauchs ist schlicht unnötig. Neue Kühlschränke, Waschmaschinen oder Lampen kommen mit einem Bruchteil des Verbrauchs der älteren Geräte aus.

Die BKW warnt aber vor der Stromlücke.

Diese Stromlücke ist vor allem Angstmacherei. Die Schweiz ist keine Strominsel – wir sind nicht unabhängig. Bereits heute stehen wir in regem Austausch mit dem Ausland. Wenn es weniger Strom gibt, kann das durch Marktmechanismen ausgeglichen werden. Eine aktuelle Studie der Städte Basel, Genf, von Energie Wasser Bern und den Umweltverbänden rechnet bereits mit dem Zusatz der sogenannten «Stromlücke». Ihr Fazit: Mit der Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz kann die Stromversorgung auch bei steigendem Bedarf gewährleistet werden.

Weshalb engagieren Sie sich als junge Politikerin gegen ein neues AKW in Mühleberg?

Zentral ist, dass diese Entscheidung hauptsächlich nachfolgende Generationen betrifft. Als junge Politikerin ist mir wichtig, aufzuzeigen, was für Folgen der Entscheid hat. Wenn wir ein neues AKW bauen, werden wir 50 Jahre profitieren. Danach haben wir aber Abfallberge für Jahrtausende. Mit dem neuen AKW würde der Atommüll zudem neu in einem Zwischenlager in Mühleberg selber gelagert. Denn das Abfallproblem ist noch immer ungelöst. Zudem ist kein AKW sicher: Wo Menschen arbeiten, können Fehler passieren. Ein Unfall würde einen Grossteil der Schweiz unbewohnbar machen. Es stehen also Menschenleben auf dem Spiel. Heute haben wir dank genügend Alternativen die Wahl und müssen dieses Restrisiko nicht mehr eingehen.

Wie schätzen Sie die Einstellung der Jugendlichen gegenüber Atomkraftwerken ein?

Es gibt ganz unterschiedliche Meinungen. In Gesprächen merke ich, dass vor allem das Argument des Atomabfalls einleuchtet. Dies gilt für jene, die sich verantwortlich fühlen über ihr Leben hinaus. Bevor wir über ein neues AKW reden, sollte die Abfallfrage geklärt sein.

Sollte die Meinung der Jugendlichen stärker berücksichtigt werden, da ein neues AKW vor allem sie betreffen wird?

Je jünger die Jugendlichen sind, desto stärker betrifft sie ein neues AKW. Genau deswegen kämpfte ich – leider erfolglos – unter anderem für die Einführung des aktiven Stimmrechtsalters 16.

Wie können sich Jugendliche gegen Atomkraftwerke einsetzen?

Wir bauen ein Jugendkomitee auf. Wir wollen gezielt junge Menschen abholen und auch mit neuen Medien arbeiten.

Weltweit gibt es 440 Kernreaktoren, fällt da jener von Mühleberg ins Gewicht?

Weltweit spielen AKW eine erstaunlich geringe Rolle. Ein Scheinargument für Atomkraftwerke ist zudem, sie seien CO₂-neutral. Spannend ist, dass viele AKW-Befürworter meist gegen konkrete Energieeffizienzmassnahmen sind, obwohl sie sagen, sie wollten mit AKW Umweltschutz betreiben. Wenn wir anstelle eines AKW das Geld in erneuerbare Energien investieren, würde das 20 bis 80 Prozent mehr Arbeitsplätze schaffen. Jedes neue AKW, das gebaut wird, ist eines zu viel.

Was ist Ihr Hauptargument gegen Atomkraftwerke?

AKW sind gefährlich, teuer und basieren auf veralteten Technologien. Wir wollen hingegen mehr einheimische Arbeitsplätze bei uns in der Schweiz, im Kanton Bern und in allen Regionen schaffen.

Wie schätzen Sie Ihre Chancen für den 13.Februar ein?

Ich gehe davon aus, dass das Resultat knapp wird. Wir zählen auf die Stimmberechtigten, die das enorme Potenzial der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz mitbekommen haben. Gerade für Randregionen bietet dies auch wirtschaftliche Perspektiven. Zudem hat die Stadt Bern mit St.Gallen im November nach Basel und Zürich ja den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen.

Gibt es in vierzig Jahren in der Schweiz mehr oder weniger AKW?

Ich hoffe, dass es keines mehr gibt, dafür mehr Solardächer, Windräder und noch effizientere Geräte wie auch gut isolierte Häuser. Interview: EliasNadine Masshardt (26) trat 2003 der SP bei und war 2004–2010 Langenthaler Stadträtin, jetzt ist sie Grossrätin. Wenn bei der Ersatzwahl am 13.Februar für die neue Bundesrätin Simonetta Sommaruga Ursula Wyss (SP) in den Ständerat gewählt wird, würde Masshardt die neue und jüngste Nationalrätin. Sie engagierte sich für das Stimmrechtsalter 16, was an der Urne aber deutlich scheiterte. Jetzt setzt sie sich gegen den Bau von neuen AKW ein.